



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 27. März 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die internationale Lage bleibt auch in dieser Sitzungswoche überaus besorgniserregend. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten halten unvermindert an – mit direkten Auswirkungen auch auf unser Land. Wir sind zwar nicht unmittelbar beteiligt, spüren die Folgen jedoch deutlich: steigende Energiepreise, zunehmende Unsicherheiten auf den Märkten und wachsende Belastungen für viele Bürgerinnen und Bürger. Besonders sichtbar wird dies aktuell an den hohen Spritpreisen, die sowohl private Haushalte als auch Unternehmen stark treffen. Die Bundesregierung hat darauf reagiert und in dieser Woche ein Maßnahmenpaket beschlossen, um den Wettbewerb zu stärken und Preisschwankungen einzudämmen. Auf die konkreten Inhalte gehe ich im weiteren Verlauf dieses Newsletters noch näher ein.

Im Deutschen Bundestag stand zudem die Regierungsbefragung von Bundeskanzler Friedrich Merz im Mittelpunkt. In der Debatte wurde deutlich, wie komplex die aktuellen Herausforderungen sind: von der sicherheitspolitischen Lage über wirtschaftliche Fragen bis hin zur Energieversorgung.

Der Kanzler hat dabei unterstrichen, dass Deutschland in einer Phase globaler Umbrüche klare Orientierung und verlässliche Entscheidungen braucht. Gerade jetzt kommt es darauf an, außenpolitische Verantwortung zu übernehmen, die europäische Zusammenarbeit zu stärken und gleichzeitig die Interessen unseres Landes selbstbewusst zu vertreten.

Zugleich bleibt die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands eine zentrale Aufgabe. In Zeiten internationaler Krisen müssen wir alles daransetzen, Wachstum zu ermöglichen, Unternehmen zu entlasten und Arbeitsplätze zu sichern. Die Sitzungswoche hat gezeigt: Wir handeln entschlossen, behalten die Entwicklungen genau im Blick und reagieren dort, wo konkrete Belastungen entstehen.

Auch in dieser Woche standen daneben zahlreiche innenpolitische Themen auf der Agenda des Deutschen Bundestages. Informieren Sie sich darüber auf den folgenden Seiten.

Herzliche Grüße,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Entlastung bei steigenden Kraftstoffkosten
- Mehr Möglichkeiten für die Altersvorsorge
- Transplantationen stärken – Patienten helfen

Entlastung bei steigenden Kraftstoffkosten.

Die stark gestiegenen Spritpreise haben in den vergangenen Wochen viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erheblich belastet. Der Deutsche Bundestag hat deshalb in dieser Woche konkrete Schritte zur Begrenzung von Preissprüngen und zur Stärkung des Wettbewerbs im Kraftstoffmarkt beschlossen.

Ein zentrales Element ist die Einführung des sogenannten „österreichischen Modells“: Tankstellen dürfen ihre Preise künftig nur noch einmal täglich erhöhen – Preissenkungen sind weiterhin jederzeit möglich. Damit wird die bisherige Praxis häufiger Preisanpassungen deutlich eingeschränkt und für Verbraucher nachvollziehbarer gemacht.

Zudem werden die Möglichkeiten der Kartellbehörden deutlich gestärkt. Künftig wird es einfacher sein, gegen mögliche Wettbewerbsverzerrungen im Kraftstoffgroßhandel vorzugehen. Dazu trägt insbesondere eine Anpassung der Beweislastregelungen bei. Ergänzend werden Marktuntersuchungen ausgeweitet, um Preisentwicklungen besser analysieren und bewerten zu können.

Bereits im Vorfeld hatte die Bundesregierung außerdem strategische Ölreserven freigegeben, um kurzfristig Druck aus dem Markt zu nehmen.

Insgesamt sollen die beschlossenen Regelungen für mehr Transparenz, Stabilität und Fairness bei den Kraftstoffpreisen sorgen.

***Standpunkt:** Die Entwicklung der Energiepreise trifft viele Menschen unmittelbar im Alltag. Deshalb ist es richtig, dort anzusetzen, wo Marktmechanismen nicht mehr nachvollziehbar oder fair erscheinen.*

Mit den jetzt beschlossenen Regelungen schaffen wir mehr Klarheit und Verlässlichkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher, ohne dabei in die Preisbildung selbst einzugreifen. Es geht nicht um staatliche Preisvorgaben, sondern um funktionierenden Wettbewerb.

Gleichzeitig bleibt klar: Eine nachhaltige Entlastung kann nur gelingen, wenn wir die strukturellen Ursachen angehen – durch eine sichere Energieversorgung, stabile Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Stärke. Die jetzigen Entscheidungen sind ein wichtiger Schritt, um kurzfristig für Entlastung zu sorgen und Vertrauen zurückzugewinnen. •

Mehr Möglichkeiten für die Altersvorsorge.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche eine umfassende Reform der privaten Altersvorsorge beschlossen und damit einen wichtigen Baustein des Rentenpakets umgesetzt. Ziel ist es, die private Vorsorge einfacher, attraktiver und renditestärker zu gestalten – gerade auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Im Mittelpunkt der Reform steht eine grundlegende Weiterentwicklung der bisherigen Riester-Rente. Künftig wird stärker auf die Chancen des Kapitalmarkts gesetzt. Dazu gehört unter anderem die Möglichkeit, auf renditemindernde Garantien zu verzichten, um langfristig höhere Erträge zu erzielen. Gleichzeitig werden Kosten reduziert und transparenter gestaltet, um die Attraktivität der Vorsorgeprodukte zu erhöhen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einführung eines standardisierten Vorsorgeprodukts, das insbesondere für Menschen ohne große Kapitalmarkterfahrung einen einfachen Einstieg ermöglichen soll. Zudem wird die staatliche Förderung gezielter ausgestaltet und erweitert. Erstmals werden auch Selbständige in die geförderte Altersvorsorge einbezogen.

Mit der Reform soll die private Altersvorsorge wieder stärker als zweite Säule der Alterssicherung etabliert und besser an die heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Standpunkt: *Eine verlässliche Altersvorsorge ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Angesichts des demografischen Wandels reicht die gesetzliche Rente allein nicht aus – ergänzende private Vorsorge wird immer wichtiger.*

Mit der Reform setzen wir bewusst auf mehr Eigenverantwortung, mehr Chancen und mehr Transparenz. Wer vorsorgt, soll auch von den Erträgen profitieren können.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Angebote verständlich und zugänglich sind – gerade für diejenigen, die bislang wenig Berührung mit Kapitalmarktprodukten hatten.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Altersvorsorge muss sich lohnen. Deshalb ist es richtig, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass mehr Menschen von Wachstum und Wohlstand profitieren können. Die Reform ist ein wichtiger Schritt, um Vertrauen in die private Vorsorge zurückzugewinnen und sie zukunfts-fest aufzustellen. •

Transplantationen stärken – Patienten helfen.

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag wichtige Verbesserungen im Bereich der Transplantationsmedizin beschlossen. Ziel der Reform ist es, die Chancen auf erfolgreiche Organtransplantationen zu erhöhen und gleichzeitig den Schutz von Spenderinnen und Spendern weiter zu stärken.

Ein zentraler Bestandteil ist der Aufbau eines nationalen Programms für die Überkreuzlebendniere spende. Dabei können Spender-Empfänger-Paare, die untereinander nicht kompatibel sind, mit anderen Paaren „getauscht“ werden, sodass dennoch passende Transplantationen ermöglicht werden. Insbesondere für hoch immunisierte Patientinnen und Patienten steigen dadurch die Chancen erheblich, ein geeignetes Organ zu erhalten.

Gleichzeitig werden die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst, dass mehr Spender-Empfänger-Konstellationen in dieses Programm einbezogen werden können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf einer umfassenden medizinischen Aufklärung und einem hohen Schutzstandard für alle Beteiligten.

Mit der Reform wird ein weiterer Schritt unternommen, um die Transplantationsmedizin in Deutschland zu stärken und lebensrettende Behandlungen für mehr Menschen zugänglich zu machen.

Standpunkt: *Organtransplantationen retten Leben – oft unter großem persönlichen Einsatz der Spenderinnen und Spender. Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass möglichst viele Menschen Zugang zu einer passenden Behandlung erhalten.*

Die Einführung eines Programms zur Überkreuzlebensnierenpende ist ein bedeutender Fortschritt. Sie verbindet medizinische Innovation mit praktischer Hilfe für Betroffene, die bislang oft lange auf ein geeignetes Organ warten mussten.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Medizinischer Fortschritt muss immer mit Verantwortung und Schutz einhergehen. Deshalb ist es richtig, neue Möglichkeiten zu eröffnen und gleichzeitig höchste Standards für Aufklärung und Sicherheit zu gewährleisten. Die beschlossenen Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um die Transplantationsmedizin in Deutschland weiter zu stärken und konkrete Verbesserungen für Patientinnen und Patienten zu erreichen. •

Afrika im Fokus: Investitionen und Partnerschaften stärken.

In dieser Woche hatte ich – gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Carsten Brodesser – die Gelegenheit zu einem intensiven Austausch mit Amadou Hott, ehemaliger Wirtschaftsminister von Senegal und ausgewiesener Experte für Entwicklungsfinanzierung und Investitionsstrategien in Afrika. Als langjähriger Akteur in internationalen Finanzinstitutionen und Berater für Investitionsprojekte bringt er eine besondere Perspektive auf wirtschaftliche Entwicklung und internationale Kooperation mit.



Im Mittelpunkt unseres Gesprächs standen die Herausforderungen und Chancen für Investitionen in Afrika. Trotz großer Potenziale bestehen weiterhin strukturelle Hürden – etwa bei Finanzierung, regulatorischen Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass gerade in Bereichen wie Infrastruktur, Energie und Industrieentwicklung erhebliche Wachstumschancen liegen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Frage, wie sich öffentliche und private Investitionen besser verzahnen lassen. Innovative Finanzierungsmodelle und Partnerschaften zwischen Staaten, Entwicklungsbanken und privaten Investoren spielen hierbei eine zentrale Rolle. Auch die wachsende Bedeutung neuer Akteure – etwa aus den Golfstaaten oder China – wurde thematisiert, ebenso wie die Rolle Europas im internationalen Wettbewerb um wirtschaftliche Kooperationen.

Das Gespräch hat einmal mehr gezeigt: Afrika ist nicht nur ein Kontinent mit Herausforderungen, sondern vor allem ein Kontinent mit großen wirtschaftlichen Chancen. Entscheidend ist, diese Potenziale durch verlässliche Partnerschaften und bessere Rahmenbedingungen stärker zu erschließen.

Ich danke Amadou Hott für den offenen und fundierten Austausch und freue mich auf die Fortsetzung des Dialogs.

Die gute Nachricht der Woche I **Große Fortschritte bei Pflege und Fachkräfte- gewinnung.**

Gute Nachrichten kommen in dieser Woche aus dem Gesundheitsbereich: Die Zahl der Auszubildenden in der Pflege ist erneut gestiegen. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für einen Beruf in der Pflege – ein wichtiges Signal angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels. Die Entwicklung zeigt, dass die Reform der Pflegeausbildung und die verbesserten Rahmenbedingungen Wirkung entfalten und der Beruf an Attraktivität gewinnt.

Gleichzeitig hat der Bundestag in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, das die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen deutlich beschleunigt. Für Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie weitere Gesundheitsberufe werden Verfahren vereinfacht und transparenter gestaltet. Insbesondere wird die sogenannte Kenntnisprüfung zum Regelfall, was Prozesse beschleunigt und Planungssicherheit schafft – ohne Abstriche bei der Qualität und Patientensicherheit.

Beide Entwicklungen greifen ineinander: Mehr Nachwuchs im Inland und schnellere Integration qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland stärken gemeinsam die medizinische Versorgung. Angesichts steigender Bedarfe im Gesundheitswesen ist das ein wichtiger Schritt, um langfristig eine

verlässliche und leistungsfähige Versorgung für alle zu sichern. •

Die gute Nachricht der Woche II **Große Fortschritte bei Pflege und Fachkräfte- gewinnung.**

Ein wichtiger Erfolg für Europa: Die Europäische Union und Australien haben sich auf ein Freihandelsabkommen verständigt. Nach langen Verhandlungen wurde damit ein Durchbruch erzielt, der neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet und die Zusammenarbeit mit einem zentralen Partner im Indo-Pazifik stärkt.

Kern des Abkommens ist der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen. Für viele europäische Produkte – etwa aus der Industrie, dem Maschinenbau oder der Chemie – wird der Zugang zum australischen Markt deutlich erleichtert. Umgekehrt profitieren auch australische Exporteure vom verbesserten Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig werden gemeinsame Standards gestärkt und Verfahren vereinfacht, was insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen neue Chancen schafft.

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen hat das Abkommen auch eine klare strategische Dimension: In einer Zeit zunehmender globaler Spannungen setzt Europa bewusst auf enge Partnerschaften mit verlässlichen Demokratien.

Australien ist dabei ein wichtiger Partner – wirtschaftlich wie geopolitisch.

Das Abkommen zeigt: Europa ist handlungsfähig und gestaltet seine Handelsbeziehungen aktiv. Freier und fairer Handel bleibt ein Schlüssel für Wachstum, Innovation und Wohlstand – auch für Deutschland.